



DHW

**DEUTSCH-HELLENISCHE
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG**

Tel.: +49 221 39 79 776

Fax: +49 221 39 79 778

Internet: www.dhvw.de

E-Mail: info@dhvw.de

DHW-ZENTRALE - Eupener Str. 150 - D-50933 Köln

An die
Bundeskanzlerin der BR Deutschland
Frau Dr. Angela Merkel, MdB
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Köln, 12.1.2020

OFFENER BRIEF

Libyen-Friedenskonferenz in Berlin – Offener Brief

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin!

Mit großer Freude haben wir von der Presse erfahren, dass Ihre Regierung eine Libyen-Friedenskonferenz in Berlin bald plant. Hierzu möchten wir Ihnen gratulieren und wünschen, dass Ihre damit verbundenen Hoffnungen zum Wohle aller beteiligten Völker erfüllt werden.

Überrascht wurden wir allerdings von der Ankündigung, dass nur eine ganz bestimmte kleine Anzahl von Ländern eingeladen werden soll. Sämtliche an Libyen angrenzende Länder sowie der Großteil der Mittelmeeranrainer werden nicht eingeladen.

In Anbetracht der aktuellen Situation im östlichen Mittelmeer, dem noch ungelösten Syrien-Problem, der türkischen Erpressung mit neuen Flüchtlingsströmen und den Initiativen der türkischen Regierung, die nicht nur internationales Seerecht (UNCLOS) eindeutig verletzen, sollte Deutschland gemeinsam mit der EU dem Wunsch seiner europäischen Partner und Verbündeten entsprechen und diese zusammen mit allen Mittelmeeranrainern zu dieser Konferenz einladen.

Das Mittelmeer – mare nostrum – ist unser Meer und deshalb sollte es von europäischer Seite gemeinsam mit den Ländern des vorderen Ostens und des nördlichen Afrikas geschützt und in Frieden gehalten werden. Eine simple Libyen-Konferenz ohne Beteiligung von wichtigen Akteuren wie z.B. Griechenland, Italien, Zypern, Malta, Spanien, Israel, Ägypten und Algerien widerspricht nicht nur der Bedeutung der Initiative sondern brüskiert auch die Völker dieser Länder. Sie wäre lediglich eine indirekte Legitimation sowohl der Politik des türkischen Präsidenten als auch des Präsidentenrates Libyens, der allerdings weder vom Parlament Libyens noch von dessen höheren Gerichten legitimiert ist.

Aus der Sicht der griechischen Öffentlichkeit, hat Griechenland ein berechtigtes Interesse an der Konferenz beteiligt zu werden. Die Beziehung zum Nachbarland Türkei hat sich in den letzten Monaten zu einer gefährlichen Krise mit immer weitergehenden Schritten der militärischen Aggression und Infragestellung von griechischen und zyprischen Hoheitsgewässern sowie der Gefahr der militärischen Eskalation. Hier könnte ein robustes deutsches Eintreten für die Wahrung der Territorialrechte Griechenlands nach internationalem Recht, das Ansehen Deutschlands und der EU als einer Gemeinschaft des Rechts und der Solidarität erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen


Phedon G. Codjambopoulos
PRÄSIDENT